



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

19. hét

2018.05.07.

ZUSAMMENFASSUNG

- **FACHLICHE FÜHRUNG UND OPERATIVE LEITUNG DÜRFTEN DIE NEUE REGIERUNG PRÄGEN.** Ministerpräsident Viktor Orbán beginnt den dritten Parlamentszyklus in Folge und seinen insgesamt vierten Zyklus, indem er vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt wird.
- **WAHLKAMPF ZUM EUROPAPARLAMENT NAHM SEINEN ANFANG.** Im Mai 2019 werden die nächsten Wahlen zum Europaparlament abgehalten. Gut ein Jahr vor diesem Votum begann bereits der Wahlkampf, wovon zumindest die Berichte über die Besuche von Außenminister Péter Szijjártó und Ministerpräsident Viktor Orbán in Brüssel zeugen. Der Außenminister benannte in seiner Wortmeldung gleich noch die erwarteten Themen im Wahlkampf von Seiten der Regierungsparteien beziehungsweise der Opposition.
- **DAS BUDGETDEFIZIT IM ERSTEN QUARTAL IST MIT EINMALIGEN FAKTOREN ZU ERKLÄREN.** Nach einer ersten Schätzung des Volkswirtschaftsministeriums belief sich das Defizit des Staatshaushalts im ersten Quartal 2018 auf 871,9 Milliarden Forint. Dieser Betrag entspricht 64,1 Prozent der Vorgabe des Haushaltsdefizits für dieses Jahr.
- **AM 8. MAI NIMMT DAS NEUE PARLAMENT SEINE ARBEIT AUF.** Máté Kocsis wird Fraktionsvorsitzender der größten Regierungspartei, und László Kövér dürfte das Parlament für die nächste Legislaturperiode erneut zu seinem Präsidenten wählen. Die erneute Zweidrittelmehrheit bietet unter anderem die Chance, die früher vereitelte Modifizierung des Grundgesetzes vorzunehmen.
- **SPANNUNGEN ZWISCHEN DER PARLAMENTARISCHEN UND DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION.** Seit den Parlamentswahlen wurden gleich mehrere Demonstrationen veranstaltet, bei denen die protestierenden Bürger neben der Regierung auch die im Parlament sitzenden Oppositionsparteien mit scharfer Kritik bedachten. Die bisherigen Ereignisse verweisen für die kommende Legislaturperiode auf eine aktive Rolle der außerparlamentarischen Kräfte.
- **DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG MODIFIZIERT DIE REGELN ZUM FAMILIENGELD.** Eine durch die Regierungskoalition in Österreich verabschiedete Verordnung bindet das Kindergeld für in Österreich arbeitende Ausländer an das Preisniveau jenes Landes, in dem die Kinder der betreffenden Arbeitnehmer leben. Die Rechtsnorm tritt voraussichtlich Anfang 2019 in Kraft.
- **DIE BRITISCHE PREMIERMINISTERIN UND DIE DEUTSCHE BUNDESKANZLERIN WERDEN SICH MIT DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER V4 TREFFEN.** In den kommenden Wochen werden abgesehen von den Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten (V4) auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und die britische Premierministerin Theresa May nach Budapest kommen. Angela Merkel besuchte Ungarn letztmalig 2015, ein britischer Premierminister letztmalig 2016, damals noch David Cameron.

REGIERUNGSMELDUNGEN

FACHLICHE FÜHRUNG UND OPERATIVE LEITUNG DÜRFTEN DIE NEUE REGIERUNG PRÄGEN

Ministerpräsident Viktor Orbán beginnt den dritten Parlamentszyklus in Folge und seinen insgesamt vierten Zyklus, indem er vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Unter Verwertung der in den vergangenen Jahren gesammelten Regierungserfahrungen wird, die im Jahre 2010 ausgestaltete Struktur der sogenannten Spitzenministerien voraussichtlich einer Feinabstimmung unterzogen, während wir aus der Namensliste der neuen Regierungsmitglieder schlussfolgern können, dass zur gleichen Zeit auch die Führungstätigkeit durch Fachleute gestärkt wird.

Die in der Regierungsstruktur und ihrer personellen Zusammensetzung vorgenommenen Veränderungen weisen in die Richtung einer gestärkten Expertenregierung. Mit der Berufung des Klinikdirektors Miklós Kásler, des Generalstabschefs der Armee, Tibor Benkő, sowie des vormaligen Bildungsstaatssekretärs László Palkovics zu Ministern gelangten Personen in Regierungspositionen, die das jeweilige Fachgebiet bestens kennen und daher wahrscheinlich sehr effizient zu managen verstehen. Ein Teil der bisher dem Volkswirtschaftsministerium obliegenden Aufgabenbereiche wird zum neu entstehenden Ministerium für Nationale Innovationen und Technologien delegiert, während Mihály Varga zukünftig als klassischer Finanzminister für die Haushaltsdisziplin verantwortlich sein wird.

Ein weiterer relevanter Aspekt bei der Zusammensetzung des Kabinetts war der Umbau bei der Art und Weise, wie der Ministerpräsident die Regierung steuert. Neben der Rationalisierung des Portfolios des Ministerpräsidentenamtes zeigt sich als neues Element, dass das bereits im vorigen Zyklus existierende Regierungsbüro in Zukunft unmittelbar unter Leitung von Viktor Orbán stehen wird, mit erweiterten Befugnissen. Daneben bleibt das Kabinettbüro des Ministerpräsidenten unter Führung von Antal Rogán als eigenständiges Ressort erhalten, ebenso wie das einer Optimierung der Entscheidungsfindung auf Regierungsebene dienende Kabinettsystem. Infolgedessen werden die Führung (indirekte Definition von Zielstellungen) und Steuerung (direkte Entscheidungsfindung) im Prozess der politischen Regierungsarbeit noch besser voneinander getrennt werden können.

AUßENPOLITIK UND AUBENWIRTSCHAFT

WAHLKAMPF ZUM EUROPAPARLAMENT NAHM SEINEN ANFANG

Im Mai 2019 werden die nächsten Wahlen zum Europaparlament abgehalten. Gut ein Jahr vor diesem Votum begann bereits der Wahlkampf, wovon zumindest die Berichte über die Besuche von Außenminister Péter Szijjártó und Ministerpräsident Viktor Orbán in Brüssel zeugen. Der Außenminister benannte in seiner Wortmeldung gleich noch die erwarteten Themen im Wahlkampf von Seiten der Regierungsparteien beziehungsweise der Opposition.

Péter Szijjártó reagierte auf der Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europaparlaments auf Äußerungen, in denen die ungarische Rechtsstaatlichkeit kritisiert worden war. Im Zusammenhang mit dem anstehenden Wahlkampf vor den Europawahlen sagte er, die ungarischen Oppositionsparteien würden in erster Linie die Äußerungen des LIBE-Ausschusses zur Kritik an der Rechtsstaatlichkeit wiedergeben, wohingegen die Regierungsparteien die Bewahrung der nationalen Souveränität sowie die Vision von einem auf der Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten basierenden Europa an Stelle einer vertieften Integration betonen werden.

Ministerpräsident Viktor Orbán reiste auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, nach Brüssel. Weber war während des ungarischen Wahlkampfes in Ungarn zu Besuch, wo er an der Seite von Viktor Orbán auftrat – der Regierungschef erwiderte mit seinem jetzigen Besuch diese politische Geste. Die Verhandlungen beförderten zum einen die Stärkung der politischen Einheit innerhalb der Europäischen Volkspartei, während zum anderen die Ausarbeitung einer Strategie, um ein gutes Abschneiden der Volksparteien bei den Europawahlen zu erreichen, einen weiteren wichtigen Tagesordnungspunkt dargestellt haben dürfte. Im Vorfeld des Treffens gab es Spekulationen, der Fidesz könnte womöglich aus der Europäischen Volkspartei ausgeschlossen werden; auf der Grundlage der Berichte nach dem Treffen handelte dies aber eher von der Vorbereitung auf den Wahlkampf zu den Europawahlen, denn von einem eventuellen politischen Bruch.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DAS BUDGETDEFIZIT IM ERSTEN QUARTAL IST MIT EINMALIGEN FAKTOREN ZU ERKLÄREN.

Nach einer ersten Schätzung des Volkswirtschaftsministeriums belief sich das Defizit des Staatshaushalts im ersten Quartal 2018 auf 871,9 Milliarden Forint. Dieser Betrag entspricht 64,1 Prozent der Vorgabe des Haushaltsdefizits für dieses Jahr.

Ungarn hat in seinem Budget für 2018 das Defizit des Staatshaushalts auf 1.361 Milliarden Forint angesetzt, wobei das im ersten Quartal angehäufte Defizit von 871,9 Milliarden Forint bereits 64,1 Prozent der Jahresvorgabe erreicht. Seit 1999 lag dieser Anteil durchschnittlich bei nur 21,1 Prozent. Das in diesem Jahr höher ausfallende Defizit hat zwei Hauptgründe:

- die von 45 Tagen auf 30 Tage verringerte Rückzahlungsfrist der Vorsteuer für zuverlässige Steuerzahler hob die Summe der durch den Staat im ersten Quartal erstatteten Beträge um 220 Milliarden Forint an,
- die Aufwendungen als Vorschüsse auf EU-finanzierte Projekte nahmen im Jahresvergleich um 400 Milliarden Forint zu.

In Verbindung mit letzterer Position ist es wichtig hervorzuheben, dass die Europäische Kommission ungefähr 78-85 Prozent der im Voraus ausgezahlten Fördermittel erstatten könnte. Das bedeutet aber, dass sich das Defizit von aktuell 871,9 Milliarden Forint künftig um 75-85 Prozent der EU-Gelder korrigieren lässt, für die der ungarische Staat in einem Volumen von insgesamt 650 Milliarden Forint in Vorkasse ging. Der endgültige Wert des auf diese Weise korrigierten Quartalsdefizits wird somit letztlich 23,5-28,3 Prozent des eingeplanten Jahresdefizits des Staatshaushalts ausmachen. Diese aktuelle Zahl liegt zwar leicht über der in den letzten zwei Jahrzehnten gewohnten Defizitzahl, gefährdet jedoch nicht das durch die Maastricht-Kriterien vorgeschriebene Defizitziel von drei Prozent.

PARTEIPOLITIK

AM 8. MAI NIMMT DAS NEUE PARLAMENT SEINE ARBEIT AUF

Máté Kocsis wird Fraktionsvorsitzender der größten Regierungspartei, und László Kövér dürfte das Parlament für die nächste Legislaturperiode erneut zu seinem Präsidenten wählen. Die erneute Zweidrittelmehrheit bietet unter anderem die Chance, die früher vereitelte Modifizierung des Grundgesetzes vorzunehmen.

Staatspräsident János Áder hat die konstituierende Sitzung des Parlaments für den 8. Mai 2018 um 10 Uhr einberufen. Aufgabe dieser Sitzung wird es sein, die Berichte der Wahlgänge entgegenzunehmen, die Mandate der Abgeordneten zu bestätigen sowie die Amtsträger des Parlaments zu wählen. Darüber hinaus wird der Staatspräsident auf der konstituierenden Sitzung seinen Vorschlag zur Person des Ministerpräsidenten unterbreiten. Im neuen Parlament werden insgesamt sieben Fraktionen tätig sein.

SPANNUNGEN ZWISCHEN DER PARLAMENTARISCHEN UND DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION

Seit den Parlamentswahlen wurden gleich mehrere Demonstrationen veranstaltet, bei denen die protestierenden Bürger neben der Regierung auch die im Parlament sitzenden Oppositionsparteien mit scharfer Kritik bedachten. Die bisherigen Ereignisse verweisen für die kommende Legislaturperiode auf eine aktive Rolle der außerparlamentarischen Kräfte.

Die im Parlament vertretenen Oppositionsparteien kennzeichnete in den letzten Tagen Inaktivität, die außerparlamentarischen Kräfte wiederum ein politischer Aktivismus. Die das beste Wahlergebnis unter den Oppositionsparteien erzielende Jobbik richtete unter Berufung auf finanzielle Gründe ihre bereits traditionelle Maifeier auf der Schiffbauinsel nicht aus; die übrigen politischen Organisationen trafen bei ihren Veranstaltungen wiederum auf ein beschränktes Interesse. Unter jenen Parteien, die bei den Parlamentswahlen an der 5%-Hürde scheiterten, war die Momentum-Bewegung jene Kraft, die den 1. Mai zum Anlass nahm, um eine neue politische Strategie für die nächste Zeit zu entwerfen. Zum einen lenkte man die Aufmerksamkeit auf die eigene Initiative unter der Bezeichnung „Handlungskreise“, welche die Staatsbürger zu aktivieren versucht, zum anderen wurde die Bedeutung einer „Politik des Ausgleichs“ betont. Das langfristige Ziel der Momentum-Bewegung dürfte darin bestehen, die von den im Parlament sitzenden Oppositionsparteien enttäuschten

Wähler zu kanalisieren, mit anderen Worten also jene Bürger, die an den Demonstrationen der jüngsten Zeit teilnahmen.

BEACHTENSWERTE NACHRICHTEN

DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG MODIFIZIERT DIE REGELN ZUM FAMILIENGELD

Eine durch die Regierungskoalition in Österreich verabschiedete Verordnung bindet das Kindergeld für in Österreich arbeitende Ausländer an das Preisniveau jenes Landes, in dem die Kinder der betreffenden Arbeitnehmer leben. Die Rechtsnorm tritt voraussichtlich Anfang 2019 in Kraft.

Die Entscheidung der Regierung Österreichs ist durch wirtschaftspolitische Überlegungen motiviert, weil man bemüht ist, auf dem Wege verringerter Haushaltsausgaben mehr Ressourcen für andere Zwecke bereitzustellen. In Zahlen ausgedrückt wird dies bedeuten, dass der österreichische Staat, der 2016 noch 273 Millionen Euro für dieses Kindergeld ausgab, diese Aufwendungen künftig massiv abbauen wird. Für Ungarn erweist sich diese Maßnahme als unvorteilhaft, nachdem diese die Versorgungsleistungen von rund 39.000 ungarischen Kindern berührt. Für in Ungarn lebende Kinder ohne Geschwister beispielsweise wird Österreich den auf seinem Territorium tätigen Ungarn künftig an Stelle von 172 Euro nur noch 93-94 Euro an Kindergeld zahlen.

DIE BRITISCHE PREMIERMINISTERIN UND DIE DEUTSCHE BUNDESKANZLERIN WERDEN SICH MIT DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER V4 TREFFEN

In den kommenden Wochen werden abgesehen von den Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten (V4) auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und die britische Premierministerin Theresa May nach Budapest kommen. Angela Merkel besuchte Ungarn letztmalig 2015, ein britischer Premierminister letztmalig 2016, damals noch David Cameron. Bei den Verhandlungen dürften Fragen bezüglich der Zukunft der europäischen Gemeinschaft im Mittelpunkt stehen.

Im Rahmen der ungarischen V4-Präsidentschaft kann es in den nächsten Wochen zu einem Treffen der Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten mit der britischen Premierministerin und der Bundeskanzlerin in Budapest kommen. Die ungarische Präsidentschaft läuft am 30. Juni 2018 aus, zuvor kommt es aber noch zur nächsten Sitzung der Staats- und Regierungschefs im Europäischen

Rat, auf der sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Einwanderungspolitik sowie die künftigen Zielstellungen der Gemeinschaft abstimmen werden. Darüber hinaus wird es zur Debattierung der Vorlagen in Verbindung mit dem nächsten Finanzrahmen kommen.

Für den offiziell noch nicht bestätigten Besuch von Angela Merkel und Theresa May könnte es zahlreiche Gründe geben. Für die Bundeskanzlerin ist es von entscheidender Bedeutung, welches politische Erbe sie nach ihrer vermutlich letzten Amtszeit als Kanzlerin hinterlassen wird. Das Gewicht der Visegrád-Staaten in der europäischen Politik hat in jüngster Zeit zugenommen, wobei der Standpunkt der Mitteleuropäer auch weiterhin in mehreren Fragen von jenem der Deutschen abweicht. Ein Jahr vor den Wahlen zum Europaparlament könnte auch eine Art Annäherung in Bezug auf die Wahlkampfstrategie ihren Anfang nehmen. Den eventuellen Budapest-Besuch von Theresa May dürften hauptsächlich Fragen in Verbindung mit dem Brexit rechtfertigen. Es liegt gleichermaßen im Interesse der Briten wie der V4, die Details des Austritts aus der Gemeinschaft abzuklären und die Formen der Zusammenarbeit nach dem Brexit auszugestalten.